

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 11

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27,—
monatlich M. 9,—

Halver

Freitag, den 13. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
30 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Retikamett 1 mm hoch
90 mm breit 150 Pfg.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In den deutsch-polnischen Verhandlungen in Oberschlesien droht eine kritische Wendung wegen der Liquidation des deutschen Eigentums.

* Der auswärtige Ausschuss des Reichstages wird am Mittwoch über die Ergebnisse von Cannes verhandeln.

* Der Parteitag der U. S. P. D. nahm das vorgeschlagene Manifest einstimmig an. Der Reichstagsfraktion und der Parteileitung wurde das Vertrauen ausgesprochen.

* In Paris herrscht große Erregung über den Verlauf der Konferenz in Cannes. Man spricht von einer englisch-französischen Krise.

* Lloyd George erklärte in einer Unterredung, ein englisch-französisches Bündnis komme nicht in Frage, da es einen unfreundlichen Akt gegenüber Italien bedeuten würde.

* Die Vorkonferenz in Paris hat neue Fristen für die Umstellung der „Deutschen Werke“ bewilligt.

Auf und ab.

Nach dem raschen Anlauf zur Lösung der großen europäischen Fragen, die auf der Welt lasten, zeigt sich in Cannes seit dem Beginn dieser Woche unverkennbar eine rückläufige Bewegung. Nehmen wir zuerst die internationale Wirtschaftskonferenz, die im März in einer der oberitalienischen Städte zusammenzutreten soll. Im dem Plan als festgehalten, ja, es wird sogar behauptet, daß die wichtigsten Einzelheiten für das zu gründende Konsortium zum Wiederaufbau Aufrufes bereits „endgültig“ festgestellt seien, aber einmal ist mittlerweile wieder zweifelhaft geworden, ob die Konferenz in Genua tagen soll, zumal Tschiatschew eine außeritalienische Hauptstadt, in erster Reihe London, dafür vorgeschlagen hat. Dann aber erhebt sich, was ungleich wichtiger ist, in Frankreich starker Widerpruch gegen die sozusagen vorbereitete Einladung der Sowjetregierung zu dieser gemeinschaftlichen Tagung der europäischen Regierungen. Man sieht sich daran, daß die Sowjetmänner erst auf der Konferenz veranlaßt werden sollen, sich über die bekannten Vorbedingungen für die Anerkennung der Sowjetregierung durch die europäischen Mächte zu äußern. Man hätte es vielmehr für viel richtiger gefunden, wenn sie erst nach ausdrücklicher Anerkennung jener Bedingungen zur Konferenz zugelassen worden wären. Man weiß, daß sich dahinter ziemlich grundlegende Abweichungen zwischen der englischen und der französischen Denkungsweise verbergen, die zwar um eines augenblicklichen Vorteils wegen wohl vorübergehend einmal zurückgedrängt werden können, sich aber in entscheidenden Augenblicken immer wieder einer wirklichen Verständigung über die russische Frage hemmend entgegenwerfen.

Dann die berühmten „vereinigten Staaten von Europa“. Für die ewig Leichtiggläubigen und Hoffnungsseiligen förmlich eine neue Erläuterung, eine wahre Fundgrube für verabschiedete Zukunftsphantasien vom ewigen Frieden und von Freundschaft unter allen Nationen. Was könnte auch verlockender erscheinen als die Vorstellung, daß England und Frankreich, die stärkste See- und die stärkste Landmacht in Europa, sich für alle Zeiten zur unveränderlichen Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen staatlichen Zustände in der Welt zusammenschließen und das flammende Schwert ihres Bündnisses jedem Friedensstörer, jedem Revanchepolitiker entgegenhalten! Nicht genug damit, sie sollten sogar auch bereit sein, jeden in ihren Mund mit aufzunehmen, der Anteil an dieser Friedenssicherung zu haben wünschte, so daß sozusagen mit einem Schlage alle Gefahr von den Völkern Europas für immer genommen wäre. Natürlich konnten solche Spiegelfechtereien keinen langen Bestand haben. Das Londoner Kabinett bezieht sich, etwas Wasser in den Wein der von Cannes ausgehenden Begeisterung zu mischen und zunächst darauf hinzuweisen, daß schon die gegenwärtige französische Politik allzu vielen Schwankungen unterworfen sei, um die Sicherheit eines solchen Vertrages wirklich gewährleisten zu können. Wer sollte ferner in Zukunft darüber zu entscheiden haben, ob Frankreich, ohne selbst herausgefordert zu haben, angegriffen worden sei? Wenn England wirklich seine ganze Land-, See- und Luftstreitmacht zur Verteidigung der Republik einsetzen soll, dann kann es niemals auf die selbständige Prüfung dieser Haupt- und Kardinalfrage verzichten. Und wie Belgien und etwa auch Italien in den Vertrag einzufügen wären, das zu entscheiden, erfordert eine Weisheit, die den augenblicklichen Machthabern von Europa schwerlich zur Verfügung steht. Unter der Einwirkung dieser Bedenken scheinen auch bereits in Cannes die Ausichten für die „verbündeten Staaten von Europa“ erheblich zurückgegangen zu sein. Lloyd George und Briand äußern sich jetzt über den Plan mit einer kühlen Reserve, als wäre er von irgend welchen politischen Dilettanten und nicht von ihnen selbst ausgegangen, wie man wenigstens bisher, nach den überreichlich sprudelnden Pariser Pressequellen zu urteilen, annehmen mußte. Was von der ganzen Idee schließlich übrig bleiben wird, ist schwer zu sagen; vielleicht nicht mehr als eine interessante Erinnerung an den schönen Badeort an der französischen Riviera.

Welches Schicksal endlich der großen deutschen Delegation in Cannes bereitet wird, steht im Augenblick gleichfalls noch sehr in Frage. Die Herren sind mit echt preussischer Pünktlichkeit am Mittwoch morgen am Konferenzort eingetroffen. Sicher doch in der Hoffnung, nun auch sofort um ihren Rat oder wenigstens um ihre Meinung befragt zu werden. Statt dessen heißt es plötzlich, daß man sie erst am Donnerstag vor der Konferenz bemühen wolle, und die unerwartet eingetretene 24stündige Pause wird mit Erörterungen darüber ausgefüllt, ob man den deutschen Delegierten wieder einmal wie in Versailles und in Spa und in London ein — Uti in a tu in vorlegen solle. Lloyd George und Briand wollen sich mit ihren Ausschüssen und Sachverständigen erst einmal über

die „Fragen“ einigen, die den Deutschen zu unterbreiten sind, um dann, ganz nach früheren Mustern, mit bligartiger Geschwindigkeit die Sache zum Abschluß zu bringen. Wenn dieses Verfahren jetzt abermals beliebt würde, so kann man sich schon ungefähr denken, was dabei herauskommen muß. Die deutsche Regierung ist keineswegs in der Lage, die Bedingungen, unter denen ihr das sogenannte Jahresmoratorium bewilligt werden soll, unbesehen anzunehmen. Sie würde, wenn man das von ihr verlangen wollte, abermals erklären müssen, daß ihr unerfüllbare und deswegen unmögliche Leistungen zugemutet würden; was die Entente indessen schwerlich hindern wird, zu tun, wozu sie sich gerade aufgelegt fühlt. Von den in Cannes versammelten Würdenträgern hat sicherlich Lloyd George noch am ehesten einigstes Gefühl für die Unmöglichkeit und auch für die Unanständigkeit eines solchen Verfahrens. Ob er aber seinen Widerspruch dagegen bis zum Ende aufrecht erhalten wird, ist eine andere Frage.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Einnahmen Preußens.

Der preussische Staatshaushalt für 1922 steht die folgenden Einnahmen vor: a) Anteile an Reichsteuern: Einkommensteuer 9 200 000 000 Mark, Körperschaftsteuer 1 600 000 000 Mark, Erbschaftsteuer 84 000 000 Mark, Grunderwerbsteuer 247 500 000 Mark, Umsatzsteuer 1 410 000 000 Mark, Zuwachssteuer 2 000 000 Mark. (Mehrertrag gegen 1921: 6 742 400 000 Mark.) b) Preussische Steuern: Stempelsteuer 65 000 000 Mark, Grundsteuer 948 000 000 Mark, Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues 140 000 000 Mark, Preuß. Erbschaftsteuer 200 000 Mark, Bändergewerbesteuer 15 000 000 Mark, Eisenbahnabgabe 515 320 Mark. (Mehrertrag gegen 1921: 1 088 284 704 Mark.) Der Etat wird dem Landtage am 20. Januar zugehen.

Die Rheinlandkommission kontrolliert die Schulen.

Der neueste Übergriff der Besatzungsbehörden im Rheinland ist der Plan einer Beaufsichtigung des Schulunterrichts im besetzten Gebiet. Die Rheinlandkommission behauptet, daß der Schulunterricht im besetzten Gebiet nicht von dem Geiste der Rassenversöhnung getragen sei, sondern entgegengesetzte Ziele verfolge. Die Kommission will daher einen Untersuchungsausschuß einsetzen. Ferner will sie wegen des Zuganges von Beamten und Lehrern aus dem unbefetzten Gebiet neue Maßregeln ergreifen.

Kritische Wendung in Oberschlesien.

Nach einer Warschauer Meldung soll die polnische Delegation in Oberschlesien durch Kabinettsbeschluss der Warschauer Regierung angewiesen worden sein, keiner Vereinbarung zuzustimmen, die der polnischen Regierung das Recht nähme, das deutsche Vermögen in Oberschlesien zu liquidieren. Sollte diese Nachricht zutreffen, so würden die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in ein kritisches Stadium treten, denn Deutschland dürfte nicht in der Lage sein, einen Vertrag abzuschließen, der Polen das von ihm beanspruchte Liquidationsrecht einräumt. — In Weiden traf Reichsminister a. D. Simon ein, der zur Bearbeitung staats- und völkerrechtlicher Fragen in die deutsche Delegation eingetreten ist. Die deutsch-polnischen Vorverhandlungen in Oberschlesien nähern sich im übrigen ihrem Abschluß. In einer Reihe von Fragen konnte eine grundsätzliche Einigung zwischen der deutschen und polnischen Delegation erzielt werden.

Die „Deutschen Werke“ erhalten Umstellungsfrist.

Die Pariser Vorkonferenz hat uns in einer Note mitgeteilt, daß sie in der Frage der Zerstörung oder Umstellung der Deutschen Werke alle Maßnahmen, die die internationalisierte Militärkontrollkommission in dieser Hinsicht getroffen hat, als vollständig begründet ansieht. Indes ist die Kommission ermächtigt, zur Durchführung der Umstellungen, die sie für erforderlich erachtet wird, Fristen zu bewilligen, die ausreichen, um die besonderen Interessen der Arbeiter vollständig zu wahren.

Auf dem Parteitag der U. S. P. D.

In Leipzig empfahl der Abg. Crispian einen Antrag, die U. S. P. D. möge alle Proletarier auffordern, die Rassen- und Munitionsherstellung zu verhindern. Der Reichstagsfraktion und der Parteileitung wurde das Vertrauen ausgesprochen. In weiteren Anträgen wurde verlangt, daß der 9. November und 1. Mai gesetzliche Feiertage werden und daß Arbeiter als Mitglieder von Steuer- und Ausschüssen entschädigt werden sollen. — Aus dem Geschäftsbereich ist hervorzuheben, daß die Partei gegenwärtig etwas über 300 000 Mitglieder besitzt. 438 sind Reichstagsmitglieder, 124 sind in den verschiedenen Landtagen und 61 im Reichstage tätig. 15 Mitglieder haben Ministerposten inne oder sitzen im Staatsrat und Reichsrat.

Japan.

X Graf Okuma †. Der frühere japanische Ministerpräsident Graf Okuma ist, wie jetzt bestätigt wird, im Alter von 84 Jahren gestorben. Unter seiner Regierung trat Japan in den Weltkrieg ein, unter dem schätzbaren Vorwande, das deutsche U-Boot-Gefährde den Frieden Ostasiens. Daß die deutsche Besetzung dann der japanischen Übermacht zum Opfer fallen mußte, versteht sich von selbst. Letzten Endes wurde auch der Ausgang des ganzen Krieges durch diese Stellungnahme Japans bestimmt; denn wenn Japan nur neutral geblieben wäre, so wären die Amerikaner nicht über den Leich hinübergekommen. Bezeichnend für den Grafen Okuma und die Japaner überhaupt ist, daß der damals als Privatmann in Tokio lebende Graf Okuma schon 10 bis 20 Jahre vorher in der

japanischen Presse immer und immer wieder die Lüge verbreiten ließ, U-Boot sei eigentlich im Jahre 1895 von den Japanern erobert worden, habe aber damals an die Deutschen abgetreten werden müssen, genau wie Port Arthur an die Russen!

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichsminister a. D. Scholz, der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes der höheren Beamten Preussens hat den Vorsitz im Reichsbund der höheren Beamten übernommen.

Berlin. Entgegen anderslautenden Nachrichten besteht die Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot der Uniformtragens noch fort, da nur die Verordnungen bez. der Presse aufgehoben wurden.

Berlin. Der Zentrumsgesundheitsrat Kamp und Geheimrat Konstantin Lehrenbach hat am 11. Januar in voller Mäßigkeit seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Berlin. Die beiden Zentrumsgesundheitsräte im Preussischen Landtage Regierungsrat Kamp und Geheimrat Konstantin Lehrenbach sind verstorben. Als Nachfolger treten der Fabrikant Wilhelm Kaiser-Vielers und der Landwirt Göttsche in Weiden bei Arnberg in den Landtag ein.

Berlin. Die New Yorker Staatszeitung hat dem Reichshilfsausschuß für Dypau durch Vermittelung des Central-Relief-Committee Spenden im Gesamtbetrag von 2720 916,10 Mark überreicht.

Mainz. Die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen wird am 15. März 5217 Mann betragen.

Koblenz. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat dem Reichshilfsausschuß mitgeteilt, daß vom 10. Januar ab keine Zahlungen zugunsten des Zollkomitees mehr erfolgen dürfen. Alle Beträge, die nach dem 10. Januar noch dem Zollkomitee zugeflossen sollten, werden an die deutschen Zollkassen abgeführt.

Bern. Die frühere Kaiserin Zita wird bei ihrer Reise in die Schweiz in dem Spital, in dem sich ihr Sohn befindet, Wohnung nehmen. Sie wird unter ständiger polizeilicher Bewachung stehen.

London. „Times“ berichtet, der Vorkonferenzrat habe genehmigt, daß die Deutschen Beppelwerke ein Luftschiff für die amerikanische Regierung bauen.

Moskau. Nach den letzten statistischen Ausweisen betrug die Zahl der Bevölkerung des Gouvernements Samara 2 806 600 Personen. Davon hungerten im Dezember 1909 900 000 Menschen. Vor Hunger geschützt waren 260 400 oder 9 Prozent. Aus allen Teilen des Gouvernements kommen Schredenrufe.

Briands Einseitigkeit.

Die Scharfmacher in Parlament und Presse.

In Paris hat die ordentliche Parlamentssession wieder begonnen. Die Sitzung des Senats wurde durch den Alterspräsidenten Denis mit einer chauvinistischen Ansprache eröffnet, in der er u. a. behauptete, daß Deutschland, anstatt ehrlich seine Kriegsschulden abzutragen, wie Frankreich 1871, sich seinen Verpflichtungen entziehe und alles tue, um seine Regierungen bankrott zu machen. In Frankreich sei durch neue schwere Steuern das Jahresbudget verflüssigt und die Eisenbahntarife seien auf das Doppelte erhöht. Deutschland hingegen habe in flagrantester Weise den Versailler Vertrag verletzt und von seinen Steuerzahlern nicht die gleichen Opfer verlangt. Frankreich sei am Ende seiner Opfer angelangt.

Der gleiche Ton fand sich bei der Eröffnung der Kammer wieder, die Raoul Peret zum Präsidenten wiederwählte. Hier wies der Alterspräsident Siegfried in seiner Rede ebenfalls auf Deutschland hin und sagte, auch nach der Einschränkung der Ausgaben sei das französische Budget eine schwere Last, aber die französische Finanzlage bessere sich, und, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, könne Frankreich schon heute, ohne neue Lasten für seine Steuerzahler, die sonst unter dem Gewicht der Steuern zusammenbrächen, das Gleichgewicht wiederfinden.

Auch in den Ausschüssen der französischen Kammer macht man sich schwere Sorgen darüber, daß Briand vielleicht von Frankreichs „Rechten“ in Cannes zu viel aufgegeben könnte. In Form von Entschuldigungen forderte man die Regierung auf, wieder eine neue Herabsetzung auf der französischen Schuldforderung noch irgendeine Einschränkung der Bürgschaften, die Frankreich zugesichert sind, vornehmen zu lassen. General Castelnau hat sich dahin ausgesprochen, daß er unter den gegebenen Umständen erwäge, die Aufhebung des Gesetzes über die Herabsetzung der Dienstzeit zu verlangen.

Die schärfste Geißel gegen Briand schwingt jedoch der alte Tiger Clemenceau. Sein neues Blatt „L'Echo National“ ist nunmehr erschienen. Im Geleitwort sagt das Blatt, Frankreich sei seit zwei Jahren in den Händen einer Regierung der Abdankung. Ausgabe des Blattes sei es, in Frankreich den Sinn für den Stieg zu wecken und ihn gegen die zu unterfüllen, die ihn verbunkeln wollten. André Lardieu sagt in seinem Leitartikel, Briand weiche in Cannes zurück, denn wieder werde durch das, was er abmache, der Vertrag von Versailles gegen Frankreichs Interessen revidiert statt ausgeführt.

Bedenkliches Schweigen.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 11. Januar.

Das Interessanteste an mehreren großen Reden, die in diesen Tagen gehalten wurden, ist verschiedenes, was nicht gesagt wurde. Da ist es zunächst allgemein aufgefallen, daß der Finanzminister Dr. Hermes in seiner Rede im Steuerauschuß zwar gesagt hat, daß die Regierung keine neuen Steuerpläne mehr habe und auch keine mehr zu sehen wünsche, daß er sich aber über die von links her so stark vertretene Idee der „Erfassung der Goldwerte“ völlig ausgesprochen hat. Ebenso hat er nichts gesagt von der seinerzeit anagereaten beabsichtigten

Doppelgänger.

Betrachtungen zum Fall Morvilius.

In Berlin ist bekanntlich eine ungemein gefährliche Diebesgesellschaft verhaftet worden; eine Gesellschaft, die in den feinsten Geschäften zahllose Gegenstände im Werte von vielen Millionen zusammengehoben hat. Einen erheblichen Teil der Beute haben die Spitzbuben ins Ausland, besonders nach Holland, geschafft und dort zu Gelde gemacht. Die eigenartigste Persönlichkeit unter den Verhafteten ist ohne Zweifel Herr Morvilius, der Schwiegersohn der Hauptspitzbubin; ein Mann, der seit drei Jahren im Reichsdienste stand und zuerst bei der Reichsverwertungs-Gesellschaft und dann als Direktor bei der Reichstreuhand-Gesellschaft tätig war. Dem Beamten Morvilius wird von diesen Behörden das beste Zeugnis erteilt. Man rühmt seine Gewandtheit und seine Arbeitskraft und man hebt nachdrücklich hervor, daß in den von seiner dienstlichen Tätigkeit zeugenden Schriftstücken und Urkunden keinerlei Unregelmäßigkeit zu entdecken sei. Fraglich ist es allerdings, ob es bei diesem Zeugnis bleiben wird. So harret die Tatsache, daß die Diebesgesellschaft beständig über Ausfuhrscheine verfügte, noch der Aufklärung. Auch ist einzuwenden, daß die Möglichkeit zu rechnen, daß diese oder jene höhere Stelle arg belästigt wird, weil sie es unterlassen hat, über das Vorleben des Herrn Morvilius Erhebungen einzuziehen. Vor mehr als zwei Jahren soll den Vorgesetzten des „treuhändigen“ Direktors eine Anzeige zugegangen sein, in der Morvilius beschuldigt wurde, bei seiner jetzigen Ehefrau Kupplerdienste geleistet zu haben, und von dieser Anzeige soll kein amtlicher Vermerk genommen worden sein.

Wie dem aber auch sei, welche Ergebnisse die Untersuchung nach diesen und anderen Richtungen hin auch zeitigen möge, unbestreitbar ist es, daß Morvilius sein Amt in einer Weise versehen haben muß, die unaussprechlich erschien. Hätte er das nicht getan, so würde er sich in seiner Stellung nicht so lange haben halten können. Und dieser selbe, im Dienste tadellos auftretende hohe Beamte war mit einer abgefeimten Diebesbande nahe verwandt und verschwägert, trat vor Geschäftsfreunden als Verteidiger von Mitgliedern dieser Bande auf und soll die Taten dieser Bande auch sonst begünstigt haben! Erweist sich diese Beschuldigung als zutreffend, so muß Morvilius, Direktor der Reichstreuhand-Gesellschaft, ein Doppelgänger geführt haben. Von Platen stammt der bekannte auf die tadelnde Beamtengeminnung: „Morgens zur Kanzlei mit Alken, abends auf den Heilston!“ Auch Morvilius ging „morgens zur Kanzlei mit Alken“, wo aber bewegte er sich abends? Wie benahm sich, immer vorausgesetzt, daß Morvilius in dem erwähnten Sinne schuldig ist, der Direktor der Reichstreuhand-Gesellschaft im ungezwungenen Verkehr mit seinen Verwandten und Schwägern? Welche Rolle spielte er beim Entwerfen der Diebeszüge und beim Bergen und Veräußern der Beute? War der Beamte Morvilius genau über den Dieb und Fehler Morvilius unterrichtet oder wußte der eine von dem anderen nichts? War Morvilius, das Mitglied einer heimlichen Spitzbubengesellschaft, derselbe Morvilius wie der Direktor der Reichstreuhand-Gesellschaft dieses Namens oder war's ein anderer?

Diese Frage, bewußtes oder unbewußtes Führen eines Doppelgängerlebens, ist schon oft von der Wissenschaft und von der Dichtung behandelt worden. Bei der Schilderung eines solchen Lebens im Roman oder im Drama wird erdichterisch die Möglichkeit als die reizvollere bevorzugt, daß jemand gewissermaßen in einem Traumbilde zeitweise ein ganz anderes Leben als das gewohnte lebt. Diesem Gebiet gehörte, von vielen anderen Werken abgesehen, ein Theaterstück an, das vor etwa zwei Jahrzehnten in Berlin aufgeführt wurde. Es hieß „Der Andere“. Sein Verfasser, Paul Lindau, zeichnete darin einen Staatsanwalt, der, ein tadelloser Beamter, in der Nacht bisweilen auf verbrecherische Abenteuer ausgeht, ohne daß er sich über die Kräfte, die ihn dazu verleiten, Rechenschaft zu geben vermag. Dieser Staatsanwalt, das war „Der Andere“. Der berühmte Schauspieler Mitterwurzer

trat in dieser Rolle auf. Trotzdem ist das Stück bald in Vergessenheit geraten. Im Gegensatz zu dem „Anderen“ von Paul Lindau steht das Haupt der Räuberbande, mit dem uns Gerstäcker in seinem Roman: „Die Flusspiraten des Mississippi“ bekanntmacht. Gerstäcker selbst ist ein hochangesehener Bürger, der bisweilen unter einem harmlosen Vorwande auf einige Wochen verreist, um eine Insel im Mississippi aufzusuchen, wo eine den Schiffen auflauernde Räuberbande haust, die von ihm ihre Befehle empfängt und bei ihren Unternehmungen unter seinen Befehlen steht.

Über das Doppelgängerleben, das Morvilius, wenn er schuldig ist, geführt haben muß, wird die Untersuchung, wenn nicht volles, so doch einiges Licht verbreiten. Vielleicht wird sich dann auch die Frage mit einiger Sicherheit beantworten lassen, wie es um ihn stand, wenn er sein anderes Leben lebte. Einstweilen wird man in dieser Hinsicht mehr an Gerstäcker als an Lindau erinnert. A. St.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 Schweizerfranken, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gesucht.)

Währungspläne	11. 1.		10. 1.		Stand 1. 8. 12
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland	6493,59	6508,50	6468,50	6481,50	170 Mk.
Dänemark	3511,45	3518,55	3471,50	3478,50	112 „
Schweden	4421,55	4429,45	4360,60	4369,40	112 „
Norwegen	2747,25	2752,75	2747,25	2752,75	112 „
Schweiz	—	—	3361,60	3368,40	72 „
Österreich	173,57	173,93	175,07	175,43	4,40 „
England	743,25	749,75	739,25	740,75	20,20 „
Frankreich	—	—	1448,55	1451,45	80 „
Belgien	1398,60	1401,40	1388,60	1391,40	80 „
Italien	759,20	760,80	749,25	750,75	80 „
Ungarn	6,13	6,22	6,08	6,12	85 „
Polen	23,87	23,43	27,77	27,53	85 „
Tschechien	234,70	235,30	235,70	236,30	85 „

Berlin, 11. Januar. (Stand der polnischen Mark.)
Polenmark an der heutigen Börse mit 640 Pf. bewertet.

* Berliner Produktenbörse vom 11. Januar. (Nichtamtlich.)
Drahtseil. Weizen- und Roggenstroh 34—36, drabgebr. Haferstroh 40—41, bindfadengebr. Roggen- und Weizenstroh 32—33, gebund. Roggenlangstroh 35 bis 36, loses und gebd. Krummstroh 27—28, Stroh 42—44, handelsüblich. Heu 94—98, gutes Heu 107—115, Kottstroh 275—280, Erdnussstücken 372—386, Palmstücken 265—278 für 50 Kilogramm, Lormelasse 100 bis 106, Haferfuchelmelasse 140—145, Viertelbiermelasse 185 bis 190, Weizenkeimelasse 175—180, Palmstückenmelasse 175 bis 180 für 50 Kilogramm einschl. Papierpack. Alles ab Verladestation.

Leben und Wissen.

Die Beeinflussung der Gehirntätigkeit durch Einspritzungen. Nach ärztlichen Mitteilungen ist es gelungen, die Gehirntätigkeit durch Einspritzungen von Flüssigkeiten unmittelbar ins Gehirn entweder lähmend oder erregend zu beeinflussen. Mit Hilfe solcher Einspritzungen ist es möglich, die Leitungsbahnen des Gehirns derart zu unterbrechen, daß man jede einzelne Stelle für sich allein vollständig ausschalten kann. Der Heilwert dieser lokalen Einspritzungen zeigte sich z. B. bei der Behandlung von zwei Epileptikern, bei denen man die schweren Anfälle sofort willkürlich unterbrechen konnte, wenn man unter die gereizten Hirnstellen eine 1prozentige Novokainlösung spritzte. Während durch die Novokaineinspritzungen ein beruhigender Einfluß auf die Gehirntätigkeit erzielt werden konnte, erwies sich als bestes Erregungsmittel für das menschliche Gehirn das Koffein. In Fällen, wo durch alte Kopfgeschüsse das Bewegungszentrum des Gehirns schwer geschädigt, ja sogar zum Teil gelähmt war, konnte die extraktierte Hirnpartie durch Koffeineinspritzungen derart angeregt werden, daß die gelähmten Gliedmaßen alsbald eine viel größere Beweglichkeit zeigten; ähnliche gute Erfolge ließen sich auch bei schweren Sprachstörungen, die gleichfalls als Folgeerscheinung von Kopf-

verletzungen aufgetreten waren, wahrnehmen. Sehr wertvoll erwiesen sich die Koffeineinspritzungen aber ganz besonders bei schweren Atemstörungen. Die günstige und belebende Wirkung auf das Atmungsorgan zeigte sich besonders typisch bei Patienten, deren Atmungsorgane selbst auf die schwersten Wiederbelebungsbemühungen nicht mehr reagierte; auf die Einspritzung trat bald wieder regelmäßige Atmung ein, die viele Stunden lang anhielt.

= Koffein gegen Tuberkulose. In der medizinischen Akademie von Paris machte Dr. Coutiere Mitteilung über eine neue Behandlung von Tuberkulose, die sich auf die bekannte und alte Tatsache stützt, daß die bei Koffein beschäftigten Arbeiter für Tuberkulose unempfindlich sind. Der Arzt versuchte die Herstellung ähnlicher atmosphärischer Verhältnisse, unter denen gewöhnlich die Kaffarbeter leben. Er erlangte interessante Resultate und verzeichnete 20 bis 40 Prozent Heilungen. Auch andere Ärzte machten ähnliche Versuche mit denselben Resultaten.

Turnen, Spiel und Sport.

— Halver, 13. Januar.

Der Landesverband Westfalen, angeschlossen an den Bund deutscher Radsfahrer, hält am Sonntag, dem 29. Januar in Münster in Westfalen sein 2. Gaudiumfest ab. Es kommen Preise im 6er Niederradreiten, im 8er Runkkreisen zur Verteilung. Die ersten Sieger im 8er Runkkreisen und im 2er Runkfahren erhalten Meisterschaftsplaquette und den Titel „Gaumeister für das Jahr 1921/22“. Ebenso werden 2er Raddaßspiele veranstaltet, wofür 3 Preise ausgesetzt sind. Außerdem erhält der erste Sieger den Titel „Gaumeister im 2er Raddaßspiel für 1921—22“.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

15. Januar: Wolken, mild, stichweis Niederschlag.
16. „ Wenig verändert.
17. „ Meist bedeckt, gelinde, Niederschläge, windig, teils Sturm.
18. „ Raum verändert.
19. „ Veränderlich, gelinde.
20. „ Trübe, sonst wenig verändert.
21. „ Veränderlich, normal temperiert.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Markt.

Lagerbestand.

Kraftwerk:	Herdecke	Elberkingen	Siesel
9. 1. 1922	1537 t	512 t	0 t
10. 1. 1922	1341 t	405 t	0 t

Aus dem Gerichtssaal.

§ Die ungültige Zwangspensionierung. Eine Entscheidung von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung ist von der 1. Kammer des Landgerichts I in Berlin verkündet worden. Das Gericht hat dem Klageanspruch des Direktors Bathe, eines der 36 auf Grund des Altersgrenzengesetzes mit Wirkung vom 1. April 1921 zwangspensionierten Berliner Direktoren, auf Fortzahlung seines vollen Gehalts und aller etwa seit seinem zwangsweise erfolgten Ausscheiden aus dem Dienst vorgenommenen Gehaltssteigerungen stattgegeben und die preussische Landesentlastung förmlich zur Zahlung verurteilt. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Klägers und des hinter ihm stehenden Preussischen Direktoren-Bereichs an, daß das Zwangspensionierungsgesetz nicht Wirkung haben kann gegen diejenigen, die zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes schon lebensfähig angestellt und im Besitze der Rechte waren, die Art. 129 der Reichsverfassung schützt.

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.

Statt Karlen.

Emil Dahlhaus
Clärchen Dahlhaus
geb. Bof

Vermählte

Halver, 13. Januar 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang unseres lieben Entschlafenen sprechen wir allen, insbesondere unsern Nachbarn, dem Landwehrverein, sowie dem Herrn Pastor D. Dresbach für seine trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank aus.

Ww. J. Adam Lieder und Kinder.

Gülfeld, den 12. Jan. 1922.

Für die vielen wohlthuenden Beweise inniger Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes sagen wir allen unsern

herzlichsten Dank.

Ernst Kirchhoff und Frau.

Bergfeld, im Januar 1922.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Halte Montag nachm. von 3—4 Uhr mit prima

Oldenburger
Schweinen
bei Herrn Tasche in Brügge zum Verkauf.

Kämpfer, Denneking,
Telefon 1123 Amt Lüdenscheid.

Bismarck
Gedanken u. Erinnerungen
—: Band 3:—
vorrätig.

Wilh. Bell jr., Halver

Vieh-Versicherungs-
Berein Halver.

Sonntag, den 22. Januar
nachmittags 5 Uhr
im Gasthof „zum Adler“

Jahres-Versammlung

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gesellschaft „Erholung“
Halver.

Hauptversammlung

am Sonntag, den 15. Jan. 22.
abends 8 Uhr.

Tagesordnung:

1. Beitragsfrage.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand

Freim. Feuerwehr
Neuenhaus.

Sonntag, den 15.
Januar 1922
nachmittags 5 Uhr

Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen
bittet
Der Vorstand.

Tabak
empfiehlt
Fr. Herm. Böhrer Schmiedmühle

Habe wiederum einen Posten

Strangtabak

in 1/2-Pfunds-Rollen
erhalten, gute Qualität. Gebe
denselben noch zu alten Preisen
ab, versäume daher keiner diese
günstige Kaufgelegenheit.

Adolf Voswinkel,

Halver, Elberfelderstraße 9.

Erhalte in den nächsten Tagen
noch einen Wagen

Schweffel-
saures Ammoniak.

Bestellungen nehme entgegen.

Albert Gerdepe, Halver,
Telefon 40.

Wir suchen

jungen Mann

für Lager, Registratur
und Botengänge.

Angebote mit Lebenslauf, Zeug-
nissen und Gehaltsansprüchen an

König & Ekmeyer & M. B. H.
Eisenroßhahn lung
in Buer i. Westf.

10—12

Mädchen oder Frauen

für sehr lohnende, dauernde
Arbeit sofort gesucht.

Kaiser & Spätsberg

Schalksmühle.

Schalksmühle.